

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

143 (23.6.1915)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Ein bedenklicher Vorschlag.

Unter dem Titel: „Das Gebot der Stunde“ veröffentlicht die Genossen Eduard Bernstein, Hugo Haase und Karl Kautsky folgenden Artikel:

„Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschichte des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist.

Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse, sowie Vereinigungen, denen keine größere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung, sowie von einflussreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verstärkter Form getreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken.

Noch ist es in aller Erinnerung, daß der Präsident des Preussischen Herrenhauses, Wedel-Piesdorf, in der Sitzung des Herrenhauses vom 16. März 1915 erklärte, Deutschland stehe jetzt als Sieger da: „Und wenn wir nichts weiter wollten, als den Angriff der Feinde abzuschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit aber kann sich Deutschland nicht begnügen erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Gut und Gut, müssen wir mehr fordern, wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise, wie diesmal, die Nachbarn über uns herfallen.“

In der Reichstagsdebatte vom 20. Mai 1915 haben die Abgeordneten Graf v. Helldorf als Vertreter der Konservativen und Schiffer als Vertreter der Nationalliberalen unumwunden sich für Annerktionen ausgesprochen; der letztere unter Berufung auf eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers vom Tage zuvor, die dahin ging, Deutschland müsse alle nur möglichen „realen Garantien und Sicherheiten“ dafür schaffen, daß seiner Feinde, „nicht vereinzelt, nicht vereint“, wieder einen Waffengang wagen werde. Diese Auslegung der Worte des Reichskanzlers hat von der Reichsregierung keine Zurückweisung erfahren.

Es ist fernerhin bekannt geworden, daß sechs große Wirtschaftsvereinigungen, voran der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller, und die Kampfgesellschaft der Agrarier, der Bund der Landwirte, die der Politik des Deutschen Reichs so oft schon die Richtung gewiesen haben, unter dem 20. Mai 1915 eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, worin sie fordern: Gewinnung eines großen Kolonialreiches, ausreichende Kriegsenfschädigung und Annerktionen in Europa, die allein im Westen über zehn Millionen Menschen — mehr als sieben Millionen Belgier und über drei Millionen Franzosen — zwangsweise unter deutsche Herrschaft stellen würden. Wie diese Zwangsherrschaft gedacht ist, kennzeichnet der Satz der Eingabe, wonach Regierung und Verwaltung in den ommertierten Ländern so geführt werden müssen, daß „die Bewohner keinen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reichs erlangen“. Das heißt mit andern Worten, diese gewalttätig ammerierte Bevölkerung soll politisch rechtlos gemacht und gehalten werden. Und weiter wird gefordert, aller Vorschlag, der einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einfluß gewährt, „müsse in deutsche Hände übergehen“, im Westen besonders der industrielle Vorschlag der großen Unternehmungen, im Osten besonders der landwirtschaftliche große und Mittelbesitz.

Ungeachtet aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbar kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffem Widerspruch sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt.

Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Nachahrer gegenüber es bei dem Aussprechen akademischer Friedenswünsche belassen ließe. Zu deutlich haben wir es erfahren müssen, daß man auf solche Behauptungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber fühllos über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenden schwersten Beschlüssen.

Dürfen wir dieses Verhältnis fortbestehen lassen, das uns die Möglichkeit raubt, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse für eine Politik geltend zu machen, die nach unserer inneren, auf die Erfahrungen der Geschichte gestützten Überzeugung das Interesse des deutschen Volkes und mit diesem das aller beteiligten Völker gebietet?

Ungeheuer sind die Opfer, die dieser Krieg den in ihn hineingeworfenen Völkern schon verursacht hat und die jeder Tag vermehrt. Die Weltgeschichte kennt keinen zweiten Krieg, der auch nur annähernd gleich mörderisch gewirkt hätte. Es ist die Grausamkeit barbarischer Zeitalter, verbunden mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation, welche die Wüter der Völker hintreibt. Nicht minder unerhört sind die Opfer an Gütern, die der Krieg den Völkern entzieht. Weite Gebiete werden verwüstet und Summen, die für Kulturzwecke in einem Jahr auszugeben man sich getraut hat, werden in diesem Kriege in einer Woche für die Erhaltung von Menschen und die Vernichtung von Grundlagen künftiger Wohlfahrt ausgegeben. Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.

In weiten Kreisen unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Kriege liegt, macht sich denn auch immer härtere Friedenssehnsucht geltend. Während die Herrschenden davor zurückzusehen, diesem Friedensbedürfnis zu entsprechen, bilden Tausende und Abertausende auf die Sozialdemokratie, die man als die Partei des Friedens zu betrachten gewohnt war, und erwarten von ihr das erlösende Wort und das ihm entsprechende Verhalten.

Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklicher Weise geltend zu machen und die gegebene Situation maßt aus der Freiheit eine Pflicht.

Das Proletariat erwartet sicherlich, daß ebenso wie im Jahre 1870 sich bei einer ähnlichen Situation alle Sozialdemokraten, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten beim Ausbruch des Krieges, zu einem einmütigen Handeln zusammenfanden, die Sozialdemokratie auch jetzt in gleicher Einmütigkeit zusammenstehen wird.

Wir wissen, daß Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Kämpfe mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung.

Die Grundlage zu schaffen ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volk und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerefriedens genöß.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgeerwartungen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung heraus erheben. Mit den schönsten Ueberlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsere Partei nicht die Macht, die Entscheidung zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als drängende Kraft die Politik in der Richtung vorwärts zu drängen, die wir als die richtige erkannt haben.

Wir haben hier ein klassisches Dokument für die politische Stubegelehrsamkeit der Verfasser dieses Artikels, der nichts weiter ist, als ein schlecht maskierter Versuch, die sozialdemokratische Fraktion zu veranlassen, die Richtlinien ihrer bisherigen Politik zu verlassen und sich die „Politik“ der Minderheit zu eigen zu machen. Es gibt keinen vernünftigen Menschen, dem die Friedenssehnsucht nicht auf der Seele brennt. Allein ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie den Frieden nicht erzwingen kann, ist der hier vorgeschlagene Weg der denkbar ungeeignetste, um einen baldigen ehrenvollen Frieden herbeizuführen. Noch ist keine strategische Entscheidung gefallen, noch stehen auf deutschem und österreichischem Boden feindliche Truppen. In diesem Augenblick, mo im Osten für Deutschland und seine Verbündeten eine glückverheißende Entscheidung heranreift, der Sozialdemokratie zuzumuten, zwischen sich und allen andern Parteien eine Klüft aufzureißen, wäre nicht nur töricht, sondern geradezu verhängnisvoll.

Die Sozialdemokratie könnte größeren Fehler begehen und den Annerktionsfanatikern keinen größeren Gefallen erweisen, als wenn sie sich politisch isolieren und damit selbst ihren politischen Einfluß wieder freiwillig ausschalten würde. Wenn den Annerktionsgeflüsten der in dem Artikel angeführten Personen und wirtschaftlichen Verbände mit Erfolg entgegengewirkt werden soll, dann muß die Sozialdemokratie alles aufbieten, um ein möglichst schweres Gewicht in die politische Waagschale werfen zu können.

Auch in den bürgerlichen Kreisen gibt es viele Kräfte, die für eine vernünftige weitwichtige Friedenspolitik mobil gemacht werden können. Diese Kräfte gilt es zu sammeln, denn nur so kann durch die wahren politischen Pläne der Annerktionspolitik ein Strich gemacht werden.

Nichts wäre für die Friedenspolitik der Sozialdemokratie gefährlicher, als wenn sie sich von den nur theoretischen die Richtschnur ihres politischen Handelns diktiert ließe. Es war ein großes Glück für die Sozialdemokratie, daß durch den Krieg der überwiegende Einfluß der politisch weltfremden Stubegelehrten zurückgedrängt wurde. Gerade Bernstein hat gezeigt, wie brüchig das Fundament der politischen Stubegelehrsamkeit ist. Er, der seit fast einem Menschenalter für eine konsequente reformistische Politik und gegen Kautskys Phantazereien kämpfte, hat gerade in dem Augenblick, wo die von ihm verfochtene Auffassung sich durchzusetzen begann, die von ihm aufgesetzte Standard verlassen und sich wieder auf die Seite der Intransigenten geschlagen. Ein so klägliches Schauspiel kann nur ein politischer Stubegelehrter bieten, bei einem satteften Politiker ist eine solche Metamorphose völlig ausgeschlossen. Eine derartige politische Naivität hätten wir diesem Manne zu allerletzt zugekraut. Aber sie ist ein deutlicher Beweis dafür, wie wenig die Kurtheoretiker dazu berufen sind, sich als politische Lehrmeister aufzuspielen.

Die sozialdemokratische Partei wird gut daran tun, die wenig erfreulichen Wahrnehmungen und Erfahrungen, die sie mit ihren Theoretikern gemacht hat, sich zur Warnung dienen zu lassen. Jedenfalls kann davon keine Rede sein, daß in diesem Augenblick, unmittelbar vor den wichtigsten Entscheidungen auf dem Kriegsschauplatz, die Sozialdemokratie ihre Politik ändert, oder sie gar grundsätzlich auf die fatalistische Ideologie ihrer Dogmatiker und Phantasten einstellt.

Die Auffassung, als ob man diesen Krieg, der so ungeheure Opfer an Gut und Blut gekostet hat, einfach abbrechen und im übrigen alles beim alten lassen könne, ist so naiv, daß es sich eigentlich nicht lohnt, dagegen zu polemisieren. Man denke nur an das Balkan- und an das Kolonialproblem.

Die sozialdemokratischen Theoretiker haben sich in dieser Zeit nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt. Sie haben der Partei nur Schwierigkeiten bereitet und ihre verantwortungsvolle politische und parlamentarische Tätigkeit erschwert. Es fehlte gerade noch, daß sie die günstige, für die künftige Gestaltung der inneren und äußeren Politik bedeutungsvolle Situation, in welcher sich die Sozialdemokratie dank ihrer klugen Haltung befindet, zerstören. Dagegen kann nicht energisch genug Front gemacht werden.

Je mehr sich die Theoretiker und ihr Gefolge von politischen Phantasten dagegen sträuben, politisch umdenken zu lernen, desto mehr Veranlassung haben die Politiker der sozialdemokratischen Partei, mit fester Entschlossenheit die Politik fortzusetzen, die uns die Gewähr gibt, daß die Sozialdemokratie dann, wenn es gilt, für die Zukunft Deutschlands und Europas eine neue Basis zu schaffen, ein Faktor von Einfluß ist, den man nicht ignorieren kann.

Zur Klarstellung.

Genosse Hugo Haase veröffentlicht im Verein mit den Genossen Eduard Bernstein und Karl Kautsky in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 19. Juni einen Aufruf mit der Ueberschrift: „Das Gebot der Stunde“. Darin wird unter Bezugnahme auf Eroberungsabsichten einflussreicher Kreise das Aufgeben der bisherigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Haltung der Partei verlangt.

Ohne auf den Inhalt hier weiter einzugehen, stellen die Unterzeichneten fest:

Der Genosse Haase, der das Amt eines Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion in seiner Person vereinigt, hat in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne seines Aufrufs gestellt oder irgend eine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht.

Getreu unserer am 4. August abgegebenen Erklärung, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen, haben wir schon seither jenen Eroberungsaufforderungen entgegengetreten, und den Friedensgedanken gefördert. An der prinzipiellen Genossenschaft der beiden Körperschaften, dieses auch fernerhin zu tun — selbstverständlich unter Wahrung der Interessen des eigenen Landes und Volkes als höchsten Gebotes der Stunde! — konnte daher kein Zweifel bestehen.

Es lag sonach nicht der mindeste Anlaß zu einem derartigen Pronunziamento vor. Wenn darin von der Einmütigkeit der Partei geredet wird, so sind wir der Uebergzeugung, daß diese durch nichts schwerer gefährdet wird, als durch ein solches Vorgehen.

Berlin, den 21. Juni 1915.
Die Mitglieder der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion:

Wartels, Braun, David, Mich. Fischer, Gerisch, Mollenhuth, Hermann Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wels.

Anmerkung: Die Genossen Ebert und Hoch sind heute nicht in Berlin anwesend.

„Die silbernen Kugeln.“

Man kennt den alten Wahlspruch des Grafen Montecucoli, daß zum Kriegführen Geld, Geld und noch einmal Geld gehöre. In dem modernen Weltkriege ist dieses Wort durch den englischen Schatzkanzler dahin umgeprägt worden, daß derjenige siegen werde, der die letzte Milliarde silberner Kugeln zur Verfügung habe. Das ist nun zwar unrichtig, denn in letzter Instanz entscheidet auch im Kriege nicht das Geld, sondern das, was das Geld erst bewegt, die Arbeit — in diesem Falle die physische und moralische Kraft der Völker; aber in den kapitalistischen Zeitaltern regiert das Geld die Welt und der Krieg bringt eine Anspannung der Geldbeschaffung, wie sie niemand geahnt und berechnet haben konnte. Wir haben in allen Ländern eine steigende Flut von Anleihen und anderen Mitteln der Geldbeschaffung; nach einer Berechnung der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich betragen die bisherigen Kriegsanleihen der Hauptmächte dieses Krieges:

in Deutschland 13,5 Milliarden Mark,
in England 621 Millionen Pfund Sterling,
in Oesterreich 4,3 Milliarden Kronen,
in Ungarn 1,2 Milliarden Kronen,
in Frankreich 11,7 Milliarden Francs,
in Rußland 6,6 Milliarden Rubel,
in Italien 2 Milliarden Lire.

ite 6.
18c
ffen!
on
rt-
er
fund
öber-
st und
für
mt.
18c
her!
fchrdauer-
per kilo
ab hier
der Kunde.
6704 an
freund" erb.
zuder-
her
Eintritt:
8718
ärner
bekümmert
of.
e
puzer
de Arbeit
6644
effektivität
e.
hner Be-
h-Diman,
Hof und
e Bettstelle
M., pol.
22 M.,
Regulateur.
noch neu
6712
1 Tr. I.
en
billigt
zu ver-
0, 5 St. I.
s und
tend neue
getragene
e, Stiefel,
ehr. Uhren,
e, Silber,
e, Pfand-
offer. 6713
Levy
Tel. 2015.
agen und
orgt durch
5389
ingstr. 20
fon 1700.
ht wird
eine
nderbet-
ff. unter
b. Wlatzes.
ten
und
24
ruhe
marken.

In Wirklichkeit stellen diese Anleihen natürlich noch nicht die gesamten Kriegskosten dar. Deutschland zum Beispiel, ebenso England und Frankreich, haben ihre ersten Kriegskosten aus ihren Ersparnissen, besonderen Kriegsfonds und aus ihren regulären Einnahmen entnommen, da die regulären Ausgaben außerordentlich zurückgingen, bezw. sich auf die Kriegsausgaben konzentrierten.

Die Anleihen sind nur in Deutschland, England und Oesterreich-Ungarn durch das eigene Land aufgebracht worden; in Rußland hat man die Notenpresse in umfangreichem Maße zu Hilfe gerufen und die anderen Länder haben ihre Kredite mit Hilfe des Auslandes aufbringen müssen. Der Kredit beruht nun in der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Maß, in dem die Staaten ihre Noten und Anleihen durch ihr Gold und durch ihre wirtschaftliche Kraft stützen können. Gold ist die internationalste Ware und wird auf dem ganzen Weltmarkt nach einheitlichen Normen und Voraussetzungen gehandelt. Aus diesem Grunde ist die Auffpeicherung von möglichst viel Gold nicht allein die bestmögliche Sicherung des Kredits, sondern auch eine Voraussetzung für die Zukunft; denn wenn der Krieg unendliche Werte vernichtet hat, was seine Hauptaufgabe ist, so wird dasjenige Land nach dem Frieden volkswirtschaftlich am kräftigsten, d. h. am zahlungsfähigsten dastehen, das über den größten Goldvorrat verfügt. Wenn auch im Inland kraft gesetzlicher Verfügungen das Papiergeld in Zahlung genommen werden muß — und in manchen Ländern in beliebigem Umfang hergestellt wird, ohne Rücksicht auf den nationalen Goldvorrat, so gibt es doch kein Mittel, eine gleiche Zwangsmahregel etwa für den Weltmarkt durchzuführen. Hier entscheidet immer nur das Gold und wer davon am meisten hat, kann andere Waren am meisten kaufen!

Vor dem Kriege hatte Frankreich den größten Goldvorrat. Er betrug 4 Milliarden Francs. Die Deutsche Reichsbank als die Zentrale des Geldverkehrs der Behörden und der deutschen Volkswirtschaft, hatte vor Ausbruch des Krieges, am 23. Juli 1914, etwas mehr als 1/4 Milliarden Mark in Gold in ihren Kellern. Seitdem ist der Goldvorrat der Reichsbank bekanntlich fortwährend gestiegen, jedoch er sich gegenwärtig gegenüber dem Bestand vom Juli 1914 beinahe verdoppelt hat, obwohl gerade in den letzten Wochen erhebliche Goldzahlungen des deutschen Reiches nach dem Auslande ihn vermindert haben. In England ist der Goldvorrat nur dadurch wieder halbwegs auf die Höhe gekommen, daß Rußland große Summen Goldes als Pfand für den ihm von England gewährten Kredit dorthin hat abführen müssen und daß ägyptisches und indisches die englische Goldreserve verstärkt hat. Der Goldvorrat der anderen Länder ist entweder unbekannt, oder sicherlich nach den katastrophalen Eingriffen des Weltkrieges außerordentlich gering geworden.

Die große Frage der Zukunft ist nun, wie die ungeheuren Staatsanleihen getilgt werden können und wie ihre Zinsen aufgebracht werden sollen. Es ist klar, daß die allgemeine Anleihewirtschaft, auf gut deutsch: Pumpwirtschaft, ihre Grenzen hat. Man kann auf die Dauer nicht Ausgaben durch Anleihen decken und die Anleihen wieder durch neue Anleihen verzinsen und tilgen. Es gibt nur ein Mittel, die unrationellen Ausgaben für den Krieg rationell zu tilgen und dieses Mittel besteht darin, daß entweder die Steuern erhöht werden oder der Staat zur Eigenproduktion von Waren übergeht. Man weiß, daß in dieser Hinsicht in Deutschland Vorbereitungen getroffen werden. Es sind schon bestimmte Pläne, wie ein Zigarettenmonopol, ein Petroleummonopol an die Öffentlichkeit gekommen und ähnliche, noch größere Pläne sollen im Schoße des Bundesrates und des Reichsfinanzamtes ruhen. Wie immer diese Entwürfe ausfallen mögen — eins ist gewiß: daß die Werke, die hier erzeugt werden sollen, in letzter Linie auch in Deutschland aus der Erde und aus der Arbeit geholt werden müssen. Arbeit und Erde aber, Vater und Mutter aller Werte, liefern umso mehr Ergebnisse und geben um so williger ihre Schätze heraus, je besser man sie pflegt und behandelt. Es ist daher auch in diesen Stürmen des Krieges die erste Pflicht weiser Fürsorge für die Zukunft, Grund und Boden, der die Rohstoffe und die Nahrungsmittel liefert, und die Arbeit, die die Erde den Menschen untertänig macht, auf das Beste zu behandeln!

Das Traurige bleibt in den kapitalistischen Zeitaltern, daß Grund und Boden nicht der Allgemeinheit gehören, sondern es zugleich ein Ertragsprodukt von Grund und Boden bedeutet, wenn für sie gesorgt wird, und daß die gesteigerte Sorge für die Arbeitskraft zugleich auch ihre entsprechend größere kapitalistische Ausbeutung ermöglicht.

Mit diesen Verhältnissen müssen wir uns für die nächste Zeit abfinden; aber eine spätere Zeit wird in ihrer Lösung ihre erste Aufgabe sehen.

Zules Guesde über das Ende des Krieges.

Nach einer Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“ wird aus Le Sabre gemeldet:

Zules Guesde, der Minister ohne Portefeuille, begab sich am vergangenen Sonntag nach dem halb verfallenen Städtchen Bethune, wo sich zurzeit viele Hunderte Dünkirchen und Utrechter aufhalten. Gleich seinem Amtskollegen Jules Malvy, dem Innenminister, mußte Guesde die Frage: „Wann ist der Krieg zu Ende?“ beantworten. Malvy zog sich vor einigen Wochen aus der Klemme, indem er versicherte, daß man an einen Eroberungskrieg nicht im entferntesten dachte. Guesde, der als Minister ohne Portefeuille freier sprechen darf, erklärte rundweg: „Sowohl ich als auch meine Freunde Malvy, Sembat, Thomas erwägen die Möglichkeit eines baldigen ehrenvollen Friedensschlusses, der uns alle Bürgschaften gegen neue Angriffe bietet, der ganzen Welt die Sicherheit verschafft, daß es nicht mehr zu einem solchen Kampf wie dem jetzigen kommen wird. Ich darf Ihnen versichern: spätestens in drei Monaten muß sich das Schicksal Europas entschieden haben, spätestens Ende September werden wir Klar sehen. Der Geschüttdampf wird zu Boden sinken vor der gebieterischen Forderung: Friede!“

In den nordfranzösischen Zeitungen aller Nuancen fand diese Mitteilung des Sozialisten Guesde eine freundliche Aufnahme. „Telegramm du Bas de Calais“, „Globe“ „Le Journal de Roubaix“ geben ihrer Genehmigung

darüber Ausdruck, daß Frankreich die Leiden und Entbehrungen eines zweiten Winterfeldzuges nicht mehr ertragen müssen.

Gegen das „Kantenspiel“ der sozialistischen Minister erhebt sich die Szepresse in ungehörigen Beleidigungen und Drohungen. Entfernung dieser Verräter verlangen einige angesehenere liberal-nationalistische Zeitungen, wie „Libre Parole“ und „Gazette de France“. In „Guerre Sociale“ teilt Gerbe mit, daß sich in letzter Zeit ein sehr nervöser Ton in die Feldpostbriefe eingeschlichen hat. Die Soldaten kritisieren ihre Vorgesetzten und sprechen von schweren Verlusten.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

WB. Berlin, 22. Juni. Großes Hauptquartier. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem westlichen Kanalufer nordwestlich von Dünkirchen wurden feindliche Angriffe gegen 3 von uns besetzte Geschütze abgewiesen.

Nördlich von Arras fanden auch gestern im wesentlichen Artilleriekämpfe statt. Ein französischer Infanterieangriff am Labyrinth südlich von Neuville wurde um Witternacht zurückgeschlagen.

In der Champagne westlich von Berthez schoben wir nach erfolgreichen Sprengungen unsere Stellung vor.

Auf den Maashöhen dauerten die Nahkämpfe unter schwerem Artilleriefeuer den Tag über an. Heute früh gegen 3 Uhr schritten wir zum Gegenangriff, säuberten unsere Gräben vom eingebrungenen Feinde fast vollständig und machten 130 Gefangene. Ein kleiner feindlicher Vorstoß bei Marchéville wurde leicht abgewiesen.

Westlich von Luneville entwickelten sich bei Leintrey neue Vorkampfe.

In den Vogesen haben wir heute Nacht unsere Stellung planmäßig und unbedrängt vom Feinde auf das östliche Festufer östlich von Sondernach verlegt. Am Hilfenfirch erlitt der Feind bei erneuten Angriffen wieder ernste Verluste.

Unsere Flieger bewachen den Flughafen Courcelles westlich von Reims mit Bomben. Feindliche Bombenwürfe auf Brügge und Ostende richteten keinen militärischen Schaden an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe nördlich und westlich von Lemberg werden fortgesetzt. Westlich von Zolkiew wurden die Russen heute Nacht zum Rückzug aus ihrer Stellung gezwungen.

Die deutschen Truppen und das in ihrer Mitte kämpfende österreichisch-ungarische Armeekorps haben seit 12. Juni, dem Beginn ihrer letzten Offensive, aus der Gegend von Bezenhöl und Jaroslau

237 Offiziere, 58800 Mann zu Gefangenen gemacht,

neun Geschütze und 136 Maschinengewehre erbeutet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 22. Juni. (Nichtamtlich. WB.) Amtlich wird verlautbart, 22. Juni mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe um Lemberg dauern fort. Die russische Verteidigungsstellung südlich der Stadt wurde gestern im Raume westlich Dorosch von unsern Truppen durchbrochen. Die Uebergänge über Szczerebach an mehreren Stellen in die Hand genommen. Einzelne Befestigungsanlagen an der West- und Nordwestfront von Lemberg sind nach heftigen Kämpfen, in denen sich die Wiener Landwehr besonders tapfer schlug, in unserm Besitz.

Deutsche Truppen erklimmten die Höhen westlich von Lemberg und schlugen Gegenangriffe der Russen unter schweren Verlusten des Feindes zurück.

Südlich des Dnjeper ist die allgemeine Situation unverändert.

Auch gestern wiesen die Truppen der Armee Pflanzler, wo sie angegriffen wurden, die Russen unter großen Verlusten zurück.

Am Danew und in Polen hat sich an der Situation nichts geändert.

Lemberg erobert.

Wien, 22. Juni. (WB. Nichtamtlich.)

Amtlich wird verlautbart, 22. Juni nachmittags:

Unsere zweite Armee hat heute nach hartem Kampfe Lemberg erobert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Nachricht von der Eroberung Lembergs kommt nicht mehr überraschend. Die Russen hatten sich in der Hauptstadt Galiziens häuslich eingerichtet, sie waren fest davon überzeugt, daß Galizien eine russische Provinz bleibt. Indessen hat die Anfangs Mai eingeleitete, in der Kriegsgeschichte einzig dastehende Offensive der Verbündeten deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen den schönen Traum der Russen zerstört. Galizien wird in den nächsten Tagen restlos von den Russen befreit sein. Vergeblich haben sich die Russen gewehrt, ihre Truppenverbände waren derart erschüttert, daß an einen erfolgreichen Widerstand nicht mehr zu denken war. Ob eine Beute bei der Eroberung Lembergs gemacht wurde und wie groß dieselbe ist, darüber meldete der kurze heutige Bericht noch nichts.

Vom westlichen Kriegsschauplatz. Schwere Verluste der Franzosen bei Arras.

WB. Paris, 22. Juni. Aus einer Aufschrift an die „Guerre Sociale“ geht hervor, daß von der freiwilligen Slawenlegion, die bei den Kämpfen nördlich von Arras eingesetzt worden war, von 4000 Mann nur 900 aus den Kämpfen zurückgekommen sind. Die Slawenlegion war der marokkanischen Division von 28000 Mann zugeteilt worden. Die Verluste der ganzen Division seien erschreckend, und alle höheren Offiziere seien gefallen. Auch an der Vortrohböhe seien die französischen Verluste erschreckend. Die ganze Höhe sei ein ungeheurer Friedhof.

Hervé über den Fliegerangriff auf Karlsruhe.

WB. Paris, 22. Juni. (Nichtamtlich.) Gustave Hervé protestiert in der „Guerre Sociale“ gegen den Fliegerangriff auf Karlsruhe. Er erklärt, der Angriff auf die, wie er selbst zugesteh, offene Stadt, der eine so große Zahl unschuldiger Opfer gefordert habe, sei ein Verbrechen. Die französische Heeresverwaltung sei zwar berechtigt gewesen, nach dem deutschen Fliegerangriff auf die offene (?) Stadt Paris eine solche Vergeltung zu üben; aber man hätte besser getan, statt Karlsruhe Essen, die große Munitionstadt Deutschlands, zu beschließen. Das hätte auch einen militärischen Zweck gehabt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz. Zur Eroberung Lembergs.

Berlin, 22. Juni. (WB. Amtlich.) Lemberg ist heute nachmittags nach schwerem Kampfe von österreichischen Truppen genommen worden. Das 34. österreichische Infanterieregiment, dessen Chef der Kaiser ist, hat sich bei der Erstürmung des Werkes Dvina-Gora ausgezeichnet.

Wien, 22. Juni, 1.15 Uhr nachm. (WB. Nichtamtlich. Verlässliche Meldungen.) Den Verbündeten ist es gelungen, die russischen Vorstellungen westlich und nordwestlich Lembergs zu nehmen.

Von Brody nach Ostrog.

Berlin, 22. Juni. Nach einem Wiener Telegramm der „Täglichen Rundschau“ meldet die Mittagszeitung: Die russische Verwaltung für Galizien, die am 6. Juni von Lemberg nach Brody verlegt worden war, ist nach Meldungen aus Petersburg am 19. Juni nach Ostrog in Rußland übergesiedelt.

Der Kampf zur See. Die Verluste der englischen Handelsmarine.

London, 22. Juni. (WB. Nichtamtlich.) Die Admiralität hat ein Communiqué ausgegeben, nach dem seit Kriegsbeginn die Verluste der britischen Handelsmarine 145 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 524 080 Tonnen und 118 Fischereifahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 19 244 Tonnen betragen. 86 Handelsschiffe sind von U-Booten versenkt worden, 56 von Kreuzern versenkt oder erbeutet, 15 durch Kriegsschiffe zerstört.

Eine Seeschlacht in der Ostsee?

Berlin, 22. Juni. Wie sich der „L.-M.“ aus Basel berichten läßt, gibt nach den „Basler Nachrichten“ der russische Marinestab die Verluste einer bis jetzt nicht erwähnten Seeschlacht in der Ostsee bekannt. Die Russen haben danach dort 10 Offiziere und 356 Mann an Toten, 3 Offiziere und 309 Mann an Verwundeten verloren.

Deutsche U-Boote im Marmarameer.

Berlin, 22. Juni. Dem „L.-M.“ wird aus Basel berichtet: Nach Meldungen, die in Athen eingetroffen sind, sind mehrere deutsche Unterseeboote ins Marmarameer eingelaufen.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz. Der Kampf um die Dardanellen.

Italiens Beteiligung an der Dardanellenaktion.

Genf, 22. Juni. Die aktive Beteiligung Italiens an der Dardanellenoperation dürfte nach römischen Meldungen nun Tatsache geworden sein. Danach haben mehrere italienische Kreuzer und verschiedene kleinere Einheiten den Hafen von Tarent mit Bolldampf verlassen und sind nach Tenedos in See gegangen. Das Geschwader soll sich dort der englisch-französischen Flotte vor den Dardanellen anschließen.

Die Schwarzen vor den Dardanellen.

Athen, 22. Juni. „Neon Asin“ erklärt: Auf zwei englischen Kriegsdampfern seien 12000 Mann Verstärkungen, bestehend in farbigen Truppen, für die Dardanellenoperationen, in Tenedos eingetroffen.

Der Krieg mit Italien.

Der österreichische Tagesbericht. Bei Plava wurden wiederum einige feindliche Angriffe abgewiesen. Ein feindlicher Flieger warf auf Görz erfolglos Bomben ab.

In allen Fronten verschiebt der Feind viel Geschützmunition, verhält sich aber sonst passiv.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Sonstige Kriegsnachrichten. Der neue Wirtschaftsplan.

Berlin, 22. Juni. Im Bundesratssaal des Reichstags haben gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück und unter der Beteiligung von annähernd hundert Reichs- und Staatsbeamten die Beratungen über den neuen Wirtschaftsplan begonnen. Die Beratungen der Bundesstaaten sind durch die zuständigen Minister und

renten vertreten. Außerdem nehmen teil die Mitglieder des Bundesrats und die Vertreter der beteiligten Reichsämtler. Es sind für die Beratungen zwei Tage in Aussicht genommen.

Zur russischen Ministerreise.

Berlin, 22. Juni. Ueber Maklakow's Sturz erzählt die „Wostok-Zeitung“ aus Petersburg folgendes: Der Abschied des russischen Ministers des Innern war sehr dramatisch. Am letzten Freitag war der Minister zum Jaren berufen, der ihm leidenschaftlich wörtlich die Revolutionierung ganz Russlands vorwarf und erklärte, er erwarte sein Abschiedsgesuch binnen 24 Stunden. Maklakow's Abschied ist lediglich als Abschlageszahlung auf die Forderung der Duma nach Goremykins Rücktritt zu betrachten. Nur wenn auch der Justizminister, der Hauptling der ecktruffischen Leute, verabschiedet werden würde, erklären die Parteiführer der Duma ihre Forderung auf den Rücktritt Goremykins vorerst fallen lassen zu wollen.

Ausland.

England. Lloyd George und die Trade Unions. Am 15. und 16. ds. Mts. fanden zwischen dem Munitionsminister Lloyd George und den Vertretern von 40 Gewerkschaftsverbänden geheime Beratungen statt, die sich mit der Organisation der Arbeit zum Zwecke von Munitionsherstellung beschäftigten. Das Parliamentsarbeitskomitee des Trade Unionskongresses und der Verwaltungsausschuss (die Generalcommission) der Föderation der Gewerkschaften waren ebenfalls vertreten. Lloyd George dürfte hierüber am 22. d. M. im Unterhause berichten und eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Parlamente zugehen lassen. Wie jedoch aus den Andeutungen der englischen Presse hervorgeht, scheint es Lloyd George gelungen zu sein, die Gewerkschaftsvertreter zu veranlassen, die Schungen und arbeitsregulierenden Ergründungen der Trade Unions für die Dauer des Krieges preiszugeben und die Arbeiter sehr strengen gesetzlichen Maßnahmen zu unterwerfen. Die von Lloyd George einzubringende Gesetzesvorlage wird die vereinbarten Maßnahmen gesetzlich feststellen.

Ausschluss Macdonalds aus der Arbeiterpartei? Am 11. Juni teilte die „Bataille Syndicaliste“ mit, daß die englische Arbeiterpartei sich mit der Frage beschäftigt werde, ob die Haltung Macdonalds, der die Auslandspolitik Englands heftig angreift, noch länger mit der Politik der Partei vereinbar ist.

Australien. Ein Jubiläum der Arbeiterpresse. Das erste australische Arbeiterblatt, der „Worker“ (Arbeiter) in Brisbane, konnte in diesen Tagen auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Seitdem hat sich die Arbeiterpresse rapide entwickelt. Tageszeitungen erscheinen jetzt in Adelaide, Brisbane, Broken Hill, Hobart und Sydney, neben 17 zumeist sehr großen Wochenblättern. Die Hauptträger dieser Presse, wie überhaupt der politischen Bewegung Australiens, sind die Gewerkschaften, die natürlich nebenbei auch besondere Fachorgane herausgeben.

Amerika. Der Kriegsgewinn. Der Handelsminister der Vereinigten Staaten, Redfield, teilte dem Senat mit, daß die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 26. Mai 1915 die beispiellose Höhe von 900 Millionen Dollars erreicht habe. Die Deposition der Sparbank im Staate New York haben im letzten Jahre erheblich zugenommen. Sie betragen insgesamt zwei Milliarden Dollars.

Gompers über die Haltung der Sozialisten zum Kriege. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist, wie die meisten Gewerkschaftler drüben, in seinem Urteil über die Vorgänge in Europa im allgemeinen sehr zurückhaltend. Ein Urteil über die Haltung der europäischen Sozialisten gibt er öffentlich zum erstenmal in einer Rede mit gegen den Gewerkschaftler Guntz ab. Dieser hat eine Schrift veröffentlicht, in der er den Gewerkschaften die Notwendigkeit der selbständigen politischen Aktion durch die Sozialistische Partei anzurathen versucht. In der Mainnummer des „Federationist“, die überhaupte zu einem großen Teile dem Kampfe gegen Sozialismus gewidmet ist, wendet Gompers sich heftig gegen Guntz und spricht zum Schluß von der „Unzufriedenheit der Arbeiterklasse“, weil sie (die Arbeitermassen) den völligen Verzicht der sozialistischen Bewegung Europas gegenüber den Idealen und Wünschen der internationalen Solidarität und menschlichen Brüderlichkeit in dem jetzt in Europa tobenden barbarischen Kampfe. Gompers Urteil ist ebenso summarisch wie das der Anarchisten und aller Gegner der Verteidigung des Vaterlandes. Für die Vereinigten Staaten aber vertritt er erst kürzlich einen gegenteiligen Standpunkt.

Deutsche Politik.

Sondersteuer für Unverheiratete.

In der sächsischen Stadt Reichenbach i. V. ist eine Steuer auf Unverheiratete beiderlei Geschlechts eingeführt worden. Unverheiratete Personen über 28 Jahre müssen bei einem Einkommen von 1400 bis 2200 M. 5 Prozent, bei 4000 Mark 10 Prozent, bei 10000 M. 15 Proz. und bei einem höheren Einkommen 20 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer entrichten. Befreit von dem Zuschlag sind diejenigen Personen, die bei einem Einkommen bis 4000 M. für unterhaltungsbedürftige Verwandte zu sorgen haben. Die Besteuerung verwitweter Personen wurde abgelehnt.

Reichsorganisation zur Versorgung des Heeres mit Bier. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ plant die Regierung die Schaffung einer besonderen Reichsorganisation zur Versorgung des Heeres mit einheimischen Bieren. Jede Brauerei soll einen bestimmten Prozentsatz der Bierproduktion der Seeresverwaltung zur Verfügung stellen. Es soll dabei mit möglicher Rücksicht auf die Interessen der einzelnen Unternehmungen vorgegangen und namentlich sollen die wirtschaftlich schwachen Betriebe gesichert werden, die zur Erhaltung ihrer Abnehmer eine neue Verfertigung ihrer Produktion schwer ertragen würden. Dagegen werden die großen und mittelgroßen Betriebe angehalten werden, eine bestimmte Menge Bier, die eine Zentralfabrik für den gesamten Bierbedarf des Heeres zu liefern wird, abzuliefern.

Für eine Kriegsgewinnsteuer.

Der Vorstand der Handwerkskammer zu Berlin beschloß in seiner letzten Sitzung mit einem von der Handwerkskammer Breslau dem Deutschen Handwerkskammer- und Gewerbelag unterbreiteten Antrag, für eine Besteuerung der Kriegsgewinne einzutreten. Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer erklärte sich grundsätzlich für eine derartige Besteuerung, konnte sich aber, da von der Regierung Unterlagen durch Erhebungen noch nicht beschafft sind, für bestimmte Erhöhungssätze der Zuwachssteuer nicht aussprechen.

Der Mörder Jaures unzurechnungsfähig und freigelassen. Die „Luxemburger Zeitung“ meldet aus Paris: Raoul Villain, der Mörder Jaures, ist für unzurechnungsfähig erklärt und aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen den Mörder wurde eingestellt.

Aus der Partei.

Aus der württembergischen Partei.

Am letzten Sonntag versammelten sich in Stuttgart auf Einladung ihres Landesvorstandes die Mitglieder des Landesauschusses, die Vertreter sämtlicher Kreisverbände, des Reichs- und Landtagsabgeordneten der Partei in Württemberg, sowie die Redakteure der württembergischen Parteiblätter, um sich über die Situation innerhalb der Partei zu besprechen. Der Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Fischer, berichtete eingehend über die seit der letzten Konferenz geführten Verhandlungen in Sachen des württembergischen Parteikonflikts. Der Landesvorstand befand sich bei seinen Entscheidungen in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und fügte sich auf das Organisationsstatut der Gesamtpartei. Die opponierende Minorität aber fragte nichts nach dem Statut der Partei, sie lehnte die selbstverständlichen Pflichten ab, wies alle Vermittlungsvorschläge des Parteivorstandes schroff zurück und trieb es zum vollständigen Bruch mit der Gesamtpartei. Der Nebner konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Kreisorganisationen in allen Wahlkreisen geordnet fortbestehen, mit Ausnahme des 10. Wahlkreises. Auch in diesem Kreis werde, nachdem nunmehr der Parteivorstand der alten Kreisleitung deutlich erklärt habe, daß ihre Parteizugehörigkeit erloschen sei, in wenigen Wochen wieder eine statutarisch geordnete Kreisorganisation ins Leben treten. Der Einfluß der ausgeschiedenen „Wilden“ erstreckte sich erfreulicherweise nur auf Minderheiten in einigen größeren Mitgliederschaften. Ueber die Verhandlungen des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion berichtete Genosse Keil. In der anregenden Aussprache, die sich anschloß, wurde das Vorgehen des Landesvorstandes als vollständig korrekt anerkannt und der Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß das Parteileben in Württemberg nunmehr wieder der Gesundheit entgegensteht. Eine wichtige Rolle spielte in der Debatte die Frage der Lebensmittelförderung. Weitere behördliche Maßnahmen, durch welche die vorhandenen Nahrungsmittel der Bevölkerung zu ersparnischen Preisen zugänglich gemacht werden, wurden als dringend nötig erklärt. Das Ergebnis der Erörterung wurde in folgenden Sätzen zusammengefaßt, die einstimmige Billigung fanden: Die Entscheidung des Partei- und des Landesvorstandes gegen die von Westmeyer und Crispian geführte Gruppe der Parteizustörer finden Zustimmung. Vom Landesvorstand wird erwartet, daß er auch fernerhin mit voller Entschlossenheit allen Organisationszerstörern entgegentritt. Die Parteigenossen im ganzen Lande werden ersucht, alle Kräfte aufzubieten, um die geschlossene Organisation der Partei zu erhalten, die unfaulteren Verwirrungsmanöver der aus der Partei ausgeschiedenen Gruppe unwirksam zu machen und die Schlagkraft der Partei für die großen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe nach dem Kriege zu häufen. Mit der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand stimmt die Konferenz in der Beurteilung der bisherigen Ereignisse vollkommen überein und sie billigt deren Entscheidungen.

Sie erkennt an, daß beide Körperparteien alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um die Lebensmittelförderung zu mildern. Die Organisation der Volksernährung ist jedoch noch durchaus unzulänglich. Die Vertreter der Partei im Reichstag, Landtag und auf den Rathhäusern werden ersucht, auch fernerhin mit größter Entschiedenheit dem Treiben jener inneren Feinde Deutschlands entgegenzutreten, die unbekümmert um die den heimischen Boden bedrohenden Gefahren das eigene mit Opfern aller Art schwer beladene Volk ihren Profitgeliisten dienlich machen.

Die Konferenz billigt die bisherigen Bemühungen des Parteivorstandes, eine klärende Aussprache mit den leitenden Stellen der sozialistischen Parteien des Auslandes über die Voraussetzungen eines möglichst baldigen Friedensschlusses herbeizuführen, und wünscht, daß er sich durch die bisherigen Mißerfolge von der Fortsetzung dieser Bemühungen nicht abhalten läßt. Mit der Mahnung des Vorsitzenden, fleißig weiter zu arbeiten und treu festzuhalten an den großen Zielen der Partei schloß die Konferenz nach 3 1/2 stündiger Dauer.

Aus dem Lande.

Baden-Baden. — Kriegszulagen. Der Stadtrat beschloß, daß der Anfangslohn vorübergehend beim Betriebsamt eingestellter Arbeiter während der Kriegszeit je nach Leistungen über den derzeitigen Anfangslohn bis zu höchstens 42 Pfg. für die Stunde bemessen werden.

Die neuen Wirtschaftsräume des Kurhauses wurden vorgestern der Stadtgemeinde offiziell übergeben. Zum Uebergeben hatten sich eingefunden Geh. Rat Landeskommissar Stad. Geh. Rat Schellenberg, Obermedizinalrat Dr. Greiff, Baurat Professor Stürzenacker-Sarkis, Oberbürgermeister Fieser, Oberamtmann Geh. die Mitglieder der Grob-, Bedarfsstellenkommission, des Stadtrats, des Kuraussschusses und des Stadtverordnetenvorstandes. In der sogenannten „Tabagie“ gab Professor Stürzenacker eine kurze Erläuterung der Baugeschichte. Nach einem Rundgang durch die einzelnen Räume übergab Geh. Rat Stad. namens der Grob-, Regierung mit herzlichen Wünschen das schöne, hervorragende Werk der Obhut der Stadtgemeinde, in deren Namen Oberbürgermeister Fieser Worte des Dankes sprach. Besonders Dank sollte der Wegner dem Minister des Innern, Herrn v. Bodman, seinem treuen Mitarbeiter Geh. Rat Stad. dem genialen Schöpfer des ganzen, Prof. Stürzenacker, dem Bauleiter Kühnmann und allen an dem Bau Beschäftigten.

Offenburg. * Ein feindlicher Flieger wurde vorgestern nachmittag gegen 5 Uhr durch die elektrische Strome angezündet und bald darauf auch durch Abwehrkanonen beschossen. Ohne Bomben abzuwerfen, wandte sich der Flieger, der von Südwesten gekommen war, und in bedeutender Höhe flog wieder der Grenze zu.

* Reuthard bei Bruchsal, 23. Juni. Durch Feuer wurden Scheune und Tabackshuppen des Landwirts Eugen Reger eingeebnet. Neben einem Teil des Viehbestandes fiel auch der Heubrot dem Feuer zum Opfer. Der Brand soll durch spielende Kinder entstanden sein.

* Hohenheim, 22. Juni. Wie der „Anzeiger“ berichtet, hat die Wolltextilfabrik Kollmar u. Jourdan A.-G. in Hohenheim im Mai und Juni v. J. noch normal verdient, mußte aber monatelang stilllegen, teilweise auch aus Arbeitermangel. Kriegsaufträge mäßigen Umfangs kamen später hinzu, jedoch gegenwärtig die Beschäftigung dem Arbeiterstande ungefähr entspricht. Es wird möglich sein, bei unveränderten Reserven und bei Fortsetzung der früheren Bilanzpolitik doch noch eine bescheidene Dividende zu verteilen (s. S. 18 Proz.). Dabei braucht der Vortrag von 274 080 M. nur wenig herangezogen zu werden.

* Heilbronn, 22. Juni. Am Samstag starb in Dabos Privatdozent Dr. Edwin Rhode im Alter von 84 Jahren. Der Verstorbenen, dessen Lehrgang die Physiologie und Pharmakologie des Herzens war, gehörte dem Lehrkörper unserer Hochschule an und verließ zu Beginn des Krieges seine Forscherarbeit im Laboratorium, um sich als Arzt dem Roten Kreuz zur Verfügung zu stellen. Er übernahm die Stelle eines Stationsarztes im Stadthallelazarett und hat sich auch da durch seine aufopfernde Tätigkeit viel Dank und die herzlichste Anerkennung seiner Mitarbeiter erworben. Doch war seine Gesundheit den Anstrengungen des ärztlichen Dienstes nicht gewachsen. Vor Weihnachten erkrankte Rhode an einer Lungenerkrankung, deren Folgen er jetzt erliegen ist. Dr. Rhode war ein Sohn des berühmten Philologen Edwin Rhode, dessen wissenschaftlicher Streif in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts großes Aufsehen erregte.

* Mannheim, 23. Juni. Der 12jährige Volksschüler Hugo Schwippert, der einzige Sohn des zuzeit im Felde stehenden Schiffers Peter Schwippert, fiel von Bord des elterlichen Schiffes in den Rhein und ertrank. — Das Gewerbe der Radradindustrie blüht auch während des Krieges. Die Polizei meldet wieder neun Diebstähle von Fahrrädern, die in den letzten 14 Tagen vorliefen.

* Bülh, 23. Juni. Im Alter von 55 Jahren ist der langjährige Redakteur des „Acher- und Wülberboten“, Karl Schindler, gestorben. Der Verstorbenen war nahezu 19 Jahre an dem genannten Blatt tätig, das in einem warmen Nachruf seiner Arbeit anerkennend gedenkt. — Ferner starb hier der Direktor der Aktiengesellschaft „Konfordia“, Georg Freudenberger, im Alter von 50 Jahren. Seit 1908 war er Leiter der Buchdruckerei, Buch- und Lehrmittelfabrik „Konfordia“ gewesen.

* Sinschingen bei Engen, 23. Juni. Ueber das hier aufgedeckte alemannische Gräberfeld, über welches in den Zeitungen Einzelheiten schon berichtet worden sind, wird jetzt von sachverständiger Seite und zwar von dem Direktor der Grob-, Altertümerausgrabung in Karlsruhe, Dr. Ernst Wagner, in der „Karlsruher Zeitung“ ein Aufsatz veröffentlicht, in welchem festgestellt wird, daß die Anlage des ganzen Friedhofes nach dem Zeugnis eines aufgefundenen Goldbrings mit seiner byzantinischen Münze in das Ende des 6. Jahrhunderts gesetzt werden muß. Ein weiter aufgefundenes Goldkreuz, ein Kreuz aus einem Sporn und vielleicht auch der vollständige Mangel an sonst häufigen Tongefäßen, deutet bereits auf ältliche Zeit. Es handelte sich um einen größeren alemannischen Reitergräberfriedhof, von dem nacheinander 42 Gräber ausgegraben werden konnten. Unter den Männergräbern erschien eines von besonders reicher und vornehmer Art. Auf der Brust des Bestatteten lag ein in getriebener Arbeit reich verziertes, 10,5 Zentimeter hohes Kreuz aus feinem Goldblech, wie es in Langobardengräbern Oberitaliens häufiger, in Deutschland bis jetzt nur in vier Fällen gefunden wurde. Die rechte Hand zierte ein goldenes Ringereif, dem eine Goldmünze des byzantinischen Kaisers Justinus II. (565—578 n. Chr.) als Platte diente.

* Konstanz, 22. Juni. Am Samstag nachmittag fiel an der Seebrücke nächst der Rheinbrücke ein etwa 6jähriges Mädchen in den Rhein. Ein vorübergehender vermundeter Feldgärtner, Hans Simon von Steinwiesen bei Kronach (Bayern), hing rasch ins Wasser und zog das Kind heraus.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Zum erstenmal: „Die erste Geige“. Lustspiel in 4 Akten von Gustav Wied und Jens Peteresen. Das Stück dient lediglich Unterhaltungszwecken. Man möchte es eher Schwanz als Lustspiel nennen, denn es fehlt ihm das Problem. Die Bezeichnung dreier Weiber bezug. Gescheide könnte man allenfalls als Lustspielbezeichnung gelten lassen, wenn sie nicht mit solch psychologischen Sprünge abgehandelt und nicht mit so lächerlichen Motiven aufgeführt würde. Die Handlung flücht etwas träge durch vier Akte, um Hindernisse wegzuräumen, die von Anfang an nicht ernsthaft groß erscheinen. Aber trotz allem ist es ein urfideles Werkchen. Unter den Rollen ist keine einzige Nieta. Wied hat sogar die Diener so liebevoll gezeichnet, daß man an jeder Figur seine Freunde haben kann, besonders wenn sie so vortrefflich gegeben werden, wie es hier der Fall war. Die Palme des Abends gebührt natürlich Frä. Müller, die den lustigen, durchtriebenen Teufelsbraten mit einfach hinreichendem Temperament und unwiderstehlichem Humor spielte. Sie hat eine wirkliche Glanzleistung. Die drei Musikanten erleben durch die Herren Höder, Dapper, Berg die gemehrte vorzügliche Wiedergabe. Gemmedes Ferner war unübertroffen, ebenso Lütjohann's zaghafter Liebhaber. Von verbältnißvoller Schönheit in Maske und Spiel war auch die Stine der Frau Pix und der Hausknecht des Herrn Kraus, dem solche humoristische Sachen anscheinend recht gut liegen. Alles in allem brach der Abend dem Publikum einen Genuß und den Darstellern sowie der flotten Regie des Herrn Rienschers einen vollen Erfolg.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden. Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration: Berlin W., Potsdamer Straße 121h), haben soeben das 12. Heft ihres 21. Jahrganges herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Hugo Heinemann: Der Sinn des Bürgerkrieges. — Edmund Fischer, M. d. R.: Die Sozialisierung des Brotes. — Max Schippel: O dieser Imperialismus! — Paul Kampffmeyer: Internationale Vereinbarungen und Arbeiterklasse. — Hugo Kochsch: Das Neue und das Alte. — Gewerkschaftsbewegung von Paul Kampffmeyer. — Sozialpolitik von Johannes Heiden. — Kommunalsozialismus von Dr. Hugo Heinemann. — Philosophie von Dr. Raphael Seligmann. — Biologie von Dr. Adolf Koelsch. — Musik von Dr. Erich Falkmann. — Technik von Dr. Heinrich Luz. — Kunstgewerbe von Paul Westheim. Preis pro Heft 50 Pfg. Probehefte vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W. 3, jederzeit kostenfrei.

Das kostbarste Gut für jede Frau ist natürliche Schönheit. Man erwirbt sie durch den täglichen Gebrauch der echten Steckenpferd- Seife der besten Lillienmilchseife für zarte, weisse Haut und blendend schönen Teint. Stück 50 Pfg. — Ferner macht Cream „Dada“ rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Tube 50 Pfg. Ueberall zu haben.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Straßammer.

Bekundung deutschfeindlicher Gesinnung. Der Kupferhändler Valentin Gering aus Geroldslofen (Bayern) unterhielt sich am 8. Mai in der Wirtschaft zum „Lamm“ in Mühlburg mit dem Stuhlmacher Anton Reinhold aus Lauf (Amt Bühl) in französischer Sprache. Ein Landsturmmann, der in der Wirtschaft anwesend war, verbat es sich, daß in seiner Gegenwart zur Kriegszeit französisch gesprochen werde. Daraufhin brachte Gering ein Hoch auf Frankreich aus und meinte: „Ihr müßt alle kaputt gehen, wir werden zur Revolution schon helfen, ihr werdet noch klein gemacht.“ Reinhold stimmte Gering zu mit der Bemerkung: „Ja wohl, wir werden zur Revolution schon helfen.“ Die Straßammer verurteilte gestern wegen deutschfeindlicher Kundgebung den Gering zu 3 Monaten und den Reinhold zu 2 Monaten Gefängnis. Je 6 Wochen der Untersuchungshaft werden den beiden Verurteilten an ihren Strafen abgerechnet.

Letzte Nachrichten.
Zur Eroberung Lembergs.

Wien, 23. Juni. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Ein General der siegreichen zweiten Armee gab die Eindrücke beim Einmarsch in das befreite Lemberg mit den folgenden Worten wieder: Der Einzug in Lemberg war von hingereicher historischer Größe. Der Jubel der Bevölkerung war überwältigend. Es war ein Erlebnis, das sich kaum beschreiben läßt.

Wien, 23. Juni. Die Nachricht von der Einnahme Lembergs rief in der ganzen Stadt jubelnde Begeisterung hervor. Überall, auch vor dem deutschen Konsulat, fanden begeisterte Kundgebungen statt, die bis in die Nachtstunden anbauerten. Viele Fenster waren illuminiert. Die Glocken wurden geläutet. Auch aus der Provinz werden Freudenkundgebungen gemeldet.

Berlin, 23. Juni. Zu der Einnahme Lembergs schreibt Major Morath im „Berliner Tageblatt“: Es sei nicht anzunehmen, daß unsere Operationen auch nur einen Augenblick bei diesem Erfolg verharren werden. Die Führung werde vielmehr planmäßig dafür sorgen, daß unser Heer den Russen auf dem Fersen bleibe, bis die Vernichtung zur Vollendung komme. Lembergs Fall sei von größter politischer Wichtigkeit und bedeute in erster Linie für den Balkan ein Merkmal russischer Schwäche und unserer Stärke.

Berlin, 23. Juni. Auf die Nachricht von der Eroberung Lembergs fanden gestern abend an den belebtesten Punkten der Stadt Freudenkundgebungen statt, die bis in die späten Nachtstunden fortbauerten. Stürmische Hochrufe auf die verbündeten Armeen und die beiden Monarchen wurden ausgebracht.

Die Räumung Warschaws.

Berlin, 23. Juni. Aus Petersburg wird der „Bosnischen Zeitung“ gemeldet, daß auf Befehl des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nur Staatsbeamte und Personen, die zur Armeeverwaltung gehören, in Warschau bleiben dürfen. Infolgedessen müßten über 100 000 Zivilisten binnen 24 Stunden die Stadt verlassen.

Befürchtungen um Warschau.

Wien, 22. Juni. Die Korrespondenz „Kundschau“ meldet aus Kopenhagen: Russische Militärkreise weisen darauf hin, daß möglicherweise Warschau schon in nächster Zeit neuerdings in den Mittelpunkt ernstlicher militärischer Operationen rücken werde. In Petersburger Berichten wird betont, daß die Intensität der deutschen Operationen an der Wara neuerdings Warschau in das Bereich der nächsten Kriegsergebnisse ziehe. Militärische Kreise messen diesem dem Unternehmen gegen Warschau eine ernste Bedeutung bei und verheßen ihre Besorgnisse nicht. Der Generalgouverneur hat eine Reihe außerordentlicher Vorkehrungen verfügt und insbesondere scharfe Maßnahmen gegen Spione und Verräter angeordnet. Sämtliche bedenklichen Elemente werden schleunigst aus der Stadt entfernt und es heißt, daß dies nur geschähe, um dadurch in verschärfter Weise eine Evakuierung der Warschauer Zivilbevölkerung überhaupt vorzubereiten. Alle 18- bis 45jährige Untertanen der mit Rußland Krieg führenden Staaten, die bisher in Warschau und anderen Städten Rußisch-Polens verblieben durften, sind zur Deportation bestimmt worden. Da alle Deutschen und Türken Rußisch-Polen schon lange vorher verlassen mußten, bezieht sich die neue Verordnung auf Personen slawischer Abstammung. Ihre Zahl beläuft sich auf 5000. Die Geschäfte der Geschäfte werden geschlossen bleiben. Die Verabschiedung soll binnen drei Wochen durchgeführt werden. Ausnahmen sind nur für Personen zulässig, die in Rußland geboren sind oder in ihrem Aufenthaltsorte Verwandte russischer Staatsangehörigkeit haben. Die zu verbannten Personen sind sofort beginnig, als sie des Gouvernements wählen können, wofür sie verhaftet werden. Doch soll sich das Gouvernment nicht in Gebieten befinden, über die der Kriegszustand verhängt wurde.

Die Cholera in Oesterreich.

Berlin, 22. Juni. Nach amtlichen Mitteilungen sind in den letzten Tagen 41 Erkrankungen an asiatischer Cholera festgestellt worden. Sie verteilen sich auf Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien. Die Tatsache, daß die Hälfte der Fälle auf den von russischen Truppen heimgesuchten Teil Galiziens entfällt, deutet darauf hin, in welchem Umfang wiederum die Cholera unter den russischen Truppen verbreitet ist. Warschauer Mütter teilten schon kürzlich sehr hohe Zahlen von neuen Erkrankungen unter den Truppen um Warschau mit. Eine Ausbreitung der Seuche ist ebenso wenig in Deutschland wie in Oesterreich zu befürchten, da die getroffenen sanitären Maßnahmen eine Uebertragung der Ansteckung nahezu unmöglich machen.

Ein Sozialdemokrat begnadigt.

II. Halle a. d. S., 22. Juni. Der Kaiser hat den sozialdemokratischen Redakteur Fleischmidt in Zeit, der wegen Verleumdung der dortigen Stadtverordnetenversammlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, die Strafe auf dem Gnadenwege vollständig erlassen.

Derenburg in Kirkwall.

Bergen, 22. Juni. Der „Frankf. Btg.“ wird von hier telegraphiert: „Bergensfjord“ mit Derenburg an Bord ist nach Kirkwall eingebracht worden. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

Der italienische Bericht.

Rom, 22. Juni. Bericht der obersten Seeresleitung: Von der Tiroler und Trentiner Grenze nichts Wichtiges zu melden außer kleinen Aufklärungskämpfen im Tale von San Felicegrino, wo wir Punta Tofca besetzten, und im oberen Teile des Cordevotales. Wir hielten an gewissen Stellen das Vorhandensein starker gepanzerter, zuweilen in Beton ausgeführter feindlicher Verschanzungslinien fest. In Ärinten schien wir trotz des bewölkten Wetters unsere Vormarsch gegen Alborghetta fort. In der Nacht vom 20. zum 21. Juni wiederholten sich die vergeblichen österreichischen Angriffe gegen den Freitofel. Am östlichen Abschnitt des Rinn wurden die am 10. Juni begonnenen Operationen am 20. Juni glücklich zu Ende geführt trotz der Schwierigkeiten des Geländes, welche durch das schlechte Wetter erhöht werden, und trotz des Widerstandes des Feindes, der durch das Feuer seiner schweren Artillerie unterstützt ist. Rangs der Frontfront stellten wir in den feindlichen Schanzarbeiten häufige Nachalarne fest, die durch langanhaltende Feuerfäden der Infanterie und Artillerie verursacht waren und die unsere Truppen zu beantwortenden Vermieden. Durch erhaltene wiederholte Nachangriffe gegen die von uns auf dem linken Frontufer bei Laba eroberten Stellungen versuchte der Feind, uns auf das rechte Ufer zurückzuwerfen, jedoch brachen sich seine Bemühungen an dem jähen Widerstand unserer Truppen. (gez. Codorna.)

Demission des spanischen Kabinetts.

Madrid, 23. Juni. (Agence Havas.) Das Kabinet hat wegen des Mißlingens der Aulische demissioniert.

Briefkasten der Redaktion.

Reservist R. in Ruffheim. In Lazaretten wird Krankenlösung, nicht die Truppenlösung gezahlt. Mobile Mannschaften erhalten während des Urlaubs die Truppenlösung weiter. Den immobil Mannschaften wird für die in den Urlaub fallenden vollen Monatsbeträge die Lösung nicht gewährt. Nur die wegen oder infolge Krankheit und Verwundung beurlaubten immobil Mannschaften beziehen während des Urlaubs die Lösung weiter. Wenden Sie sich an Ihren Truppenchef, der Ihnen die gültigen Gebührensätze zahlen bezug. Sie über diese aufklären wird.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Aoh; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Achtung Filialinhaber!

Wir eruchen unsere Filialinhaber, welche die Zeitungen durch Postüberweisung im Band, also nicht im geschlossenen Paket erhalten, die

Meldung der Abonnentenzahl

(also nur zahlende Abonnenten) für den folgenden Monat Juli 1915 bis spätestens Freitag, den 25. Juni, uns zukommen zu lassen, da sonst eine Verzögerung in der Zustellung der Zeitungen eintritt. Es muß für die Zukunft jeden Monat bis zum 25. gemeldet werden, da wir nicht mehr, wie bisher, für ein Vierteljahr, sondern für jeden Monat neu einweisen.

Expedition des Volksfreund.

Dankfagung.

Für die Opfer des Fliegerüberfalls sind dem Unterzeichneten folgende Gaben zugegangen:

1. Von der Firma Sigmund Girsch, Lederfabrik in Weinheim (überreicht durch Herrn Kaufmann B. Hofmeister hier) 1500 M
 2. Von dem Geheimen Kommerzienrat Eduard Arnhold in Berlin, Mitglied des Preussischen Herrenhauses (überreicht durch Seine Erzellenz den Königlich Preussischen Gesandten, Herrn Wirklichen Geheimen Rat von Gienbacher) 1000 M
 3. Von dem Königlich Bayerischen Gesandten am Sächsischen Hofen und Sächsischen Hofen Herrn Grafen Woy in Stuttgart 100 M
 4. Von Herrn Geheimen Legationsrat Dr. W. Heintze hier 200 M
 5. Von Herrn Stadtverordneten Geheimen Hofrat Professor Dr. von Oeschelhauser, z. Zt. in Antwerpen 100 M
 6. Von Herrn Kaufmann Martin Elias hier 100 M
 7. Von Herrn Kaufmann Dr. Georg Herrmann in Donaueschingen 20 M
- Namens der bedachten Familien spreche ich den gütigen Spendern den herzlichsten Dank aus.
Karlsruhe, den 21. Juni 1915.

Der Oberbürgermeister.

Siegriß. 6717

Wasche mit

Henkel's

Bleich-Soda

Alle

Druck-Arbeiten

liefert rasch und billig

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Heinrich Wders von Stade, Kaufmann hier, mit Lotte Gutsch von hier. Gustav Schuster von Solingen, Malermeister in Baden, mit Frieda Steinel von Wöhringen, Jakob Halpern gen. Brief von Mikuline, Handelsmann hier, mit Rachel Straßberg gen. Roger von Wuhganom. Todesfälle. Luise Dannermaier, 83 J. alt, Ehefrau des Telegraphenarbeiters Hermann Dannermaier. Marie, 74 J. alt, Witwe des Heizers Jakob Oser.

Bad-Altefelden, 22. Juni. Der Maler Eugen Heime mann, welcher, wie erinnerlich, vor einer Woche auf den Apotheker Leibinger geschossen und sich dann selbst schwer verletzt hat, ist nun seinen Verletzungen erlegen. Der Zustand des Apothekers Leibinger hat sich wesentlich gebessert.

Bogberg, 22. Juni. In unserer Gegend darf man mit einem recht ertragreichen Sommerjahre rechnen.

Erhebung der Ernteflächen.

Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß in der Zeit vom 1. bis 4. Juli ds. Js. eine Erhebung der Ernteflächen beim feindmäßigen Anbau von Winter- und Sommerweizen, Spelz-Dinkel, Feizen sowie Erbsen und Eintorn (Winter- und Sommererbsen), Winter- und Sommerroggen, Gerste, Menggetreide, Weizen, Hafer und Kartoffeln stattfindet. Die Erhebung erfolgt gemeindefeise. Die aufgestellten Listen sind bis spätestens 10. Juli an das Groß- Statistische Amt in Karlsruhe einzusenden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Juni.

*** Unsere Ferienkolonien.** Wenn einst der Gesichtspunkt der es unternimmt, die verschiedenen Begleiterscheinungen des gegenwärtigen Krieges zu schildern, dann wird er gewiß mit besonderer Wärme von der Hilfslosigkeit erzählen, die sich als bald nach Kriegsausbruch in mannigfaltiger Art entfaltete. Und wenn er nicht bloß Erzähler, sondern weitblickender Erbauer und Lehrender der Zukunft ist, wird er ein besonderes Kapitel dem Thema der Kinderpflege und Jugendfürsorge widmen. Denn dieser heilige Krieg wird geführt für die Erhaltung unserer Volkstums; er wird durchgeführt, um Garantie zu schaffen für dessen kraftvolle und ungehemmte Weiterentwicklung. Die Zukunft aber, an die wir bei dem Großen und Schweren dieser Tage denken, sie besteht bereits vor uns in der heranwachsenden Jugend. Während unsere Krieger draußen die Marken des Reiches vor fremdem Einbruch schützen, ist es an uns Deutsches, aus persönlichem Pflichtgefühl und aus Verständnis für ein an Geist und Körper gesundes Volkstum, der Jugend unsere erste Fürsorge zu widmen. Es wäre darüber nach vielen Seiten manches zu sagen. Hier wollen wir uns darauf beschränken auf die Tätigkeit unserer Ferienkolonien hinzuweisen, die es sich bekanntlich zur Aufgabe machen, armen und kränklichen Schulkindern einen mehrtägigen Landaufenthalt zu gewähren. Außer einem namhaften städtischen Zuschuß sind es hauptsächlich augenblickliche Beiträge, die Freunde der Sache alljährlich dem Arbeitsausschuß (Komitee) zur Verfügung stellen. In diesem Jahre nun, wo viele Freunde der Ferienkolonien im Felde stehen andere durch die mannigfachen Geldmangel sonst fast in Anspruch genommen sind, besteht die Gefahr großer Knappheit der Mittel für diese Art gesunder Jugendpflege. Und doch können wir gerade in Kriegszeit eine gründliche Fürsorge für die Gesunderhaltung und Erhaltung der Kinder nicht entbehren.

Naturngemäß sind jetzt sehr viele Familien nicht in der Lage, den kränklichen und fürsorgebedürftigen unter ihren Kindern die nötige Förderung angeben zu lassen. Ja die Zahl derer, die durch Unterernährung oder aus andern Ursachen Mangel leiden, ist jedenfalls größer als in Friedensjahren. Sollen nun diese Kinder nicht einen dauernden Kräftemangel mit in die späteren Jahre hinübernehmen, soll nicht dem Volkstörper schwerer Schaden erwachsen, so muß gerade jetzt im Kriegsjahr für rechtzeitige Kräftigung und nachhaltige Gesunderhaltung mit allen Mitteln Sorge getragen werden. Daran möge jeder denken und auch jetzt dem Komitee eine Gabe gern und freudig übermitteln. Jede zum Einzelnen und verständnisvolle Fürsorge für das Gesamtwohl treffen hier in derselben Sache zusammen; jede Förderung der Gesunderheit unserer Jugend trägt in der vermehrten Volkskraft ihre reiche Frucht. In dem auch von uns veröffentlichten Aufruf sind die verschiedenen Sammelstellen genannt. Möge den Kolonien auch in diesem Jahre eine ausgiebige und segensreiche Betätigung beschieden sein!

Heute abend Parteiversammlung im „Auerhahn“! Es findet ein Vortrag des Gen. Dr. Kullmann über „Volkswirtschaft und Kolonialpolitik“ statt. Sorgf für guten Besuch!

*** Frauen im Straßenreinigungsdienst.** Das städt. Tiefbauamt hat jetzt Frauen zur Straßenreinigung eingestellt und zwar meistens solche Frauen, deren Männer im Felde sind.

*** Kauff kein Petroleum auf Vorrat!** Durch die Verdrängung der Russen aus Galizien werden wieder große Erdölquellen für den Verkehr frei. Das merkt schon die rumänischen Großhändler, welche ihre aufgestapelten Erdöl- und Benzinvorräte zu den jetzigen hohen Preisen noch abzulassen suchen. Es liegt daher im Interesse der deutschen Verbraucher, nicht mehr Erdöl zu kaufen, als zum augenblicklichen Bedarf notwendig ist. Wie aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt der Bundesrat Höchstpreise für Petroleum einzuführen und mit deutschen Einfuhrbeschränkungen ein Abkommen dahin zu treffen, daß die eingeführten Petroleummengen zweckmäßig im ganzen Reich verteilt werden. Für derartige Maßnahmen der Regierung wird das gesamte Volk dankbar sein, nicht allein, weil ihm die Möglichkeit zur Beschaffung des notwendigen Beleuchtungs- und Heizeinzelstoffes zu nicht zu hohen Preisen gegeben, sondern auch der übertriebenen Spekulation ein Riegel vorgeschoben wird. Aus dem Erdöl wird bekanntlich auch das Benzin hergestellt, es dürfte daher auch den Automobilbesitzern ein billigeres und besseres Betriebsmittel in Aussicht stehen.

*** Johannistag in Stadtpark.** Wie uns mitgeteilt wird, hat die Stadtparkkommission mit Rücksicht auf die Trauer, in die zahlreiche Familien der Stadt durch den Fliegerüberfall versetzt sind, beschlossen, in diesem Jahre von der Abhaltung der hergebrachten Johannistagfeier im Stadtpark abzusehen.

*** Für die Hinterbliebenen der Opfer des Fliegerüberfalls** sind dem Oberbürgermeister Geldgaben im Gesamtbetrag von etwas über 3000 Mark zugegangen. Es befindet sich darunter eine Geldspende von 1500 M. der Firma Sigm. Girsch, Lederfabrik in Weinheim und eine solche von 1000 M. von dem Geheimen Kommerzienrat Arnhold in Berlin.

*** Leichenfindung.** Gestern wurde im Rheinpfaden hier die Leiche eines unbekannten Mannes, die schon mehrere Tage im Wasser gelegen haben mag, gelandet. Der Verstorbene war 40 bis 45 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat schwarze, gekämmte Haare, schwarzen Schnurrbart, O-Beine, trug dunklen Jackettanzug, weißleinenes Hemd, Handgekragen, keine schwarze Strawatte und schwarze Jagdschuhe. Bei der Leiche befand sich ein Portemonnaie mit 4 M. Inhalt, ein großes Taschmesser mit schwarzem Deck und abgebrochener Klinge, eine silberne Remontuhr, deren Rückseite die Gravierung J. Oberle, Lahr, trägt und eine Gratulationskarte zum Namenstag mit der Aufschrift „Frau Schrempf zum Kreuz“. Um Mitteilung von Anhaltspunkten zur Ermittlung der Person des Verstorbenen an die Stadtparkkommission, ist über Comandaria wird ersucht.

